

„Kein Verständnis für den Bürgermeister“  
von Andreas Schick  
**Eschborn.**

Die CDU-Fraktion ist sich mit ihrem grünen Koalitionspartner einig. Auch sie lehnt den neuen Vergleich zwischen der städtischen Mitarbeiterin Manuela Rambow und der Stadt Eschborn ab. Das bekräftigte gestern ihr Sprecher Frederic Schneider.

Stattdessen, so teilte der Stadtverordnete am Mittwoch schriftlich mit, fordere die CDU-Fraktion, „dass der Fall in einem ordentlichen Gerichtsverfahren aufgearbeitet und danach ein gerechtes Urteil gefällt wird, das sowohl die städtische als auch die Perspektive der Mitarbeiterin berücksichtigt“. Nur so werde es „auch auf Dauer zu einer politischen Befriedung in Eschborn kommen“. Schneider weiter: „Bereits der erste Vergleich wurde von der schwarz-grünen Koalition mit derselben Begründung abgelehnt.“ Auch aus diesem Grund habe die CDU-Fraktion „kein Verständnis dafür, dass der Bürgermeister offensichtlich dem städtischen Rechtsanwalt die Vollmacht erteilt hat, einem zweiten, zudem für die Stadt noch deutlich teureren Vergleich zu zustimmen“.

Dazu hat Rathauschef Mathias Geiger (FDP) eine andere Meinung. „Politische oder sonstige Vorgaben an den Anwalt der Stadt gab es vor dem Termin nicht, er hat einfach sachlich seine Arbeit getan“, hatte der Bürgermeister gegenüber unserer Zeitung schriftlich versichert. Im Übrigen sei auch die neue Einigung „gerade das professionelle Ergebnis der Verhandlungen zwischen erfahrenen Juristen“.

Ende April dieses Jahres hatten Vertreter der Stadt Eschborn – Anwalt Jens Klein und Personalchef Juan Carlos Ortolá Knopp – mit Manuela Rambow und deren Anwalt zum zweiten Mal einen Vergleich geschlossen. Die vor dem Frankfurter Arbeitsgericht erzielte Einigung sah eine Zahlung der Stadt von 70 000 Euro plus monatliche Gehaltszahlungen bis Ende 2015 vor. Mathias Geiger hätte die Sache gerne im Magistrat durchgebracht, fand am Dienstag aber keine Mehrheit dafür. Ohne eine Zustimmung des Magistrats hat der Vergleich keinen Bestand. Das Arbeitsgericht ist nun wieder am Zug.

Im Wahlkampf 2013 gelangten persönliche Details aus Rambows Personalakte an die Presse. Darin heißt es, dass Geiger seine einstige Sekretärin einige Jahre zuvor angeblich belästigt hatte. Geiger bestreitet das. Schwarz-Grün hofft, dass die Vorgänge aus den Jahren 2007/2008 aufgeklärt werden.

(ask)

Artikel vom 28.05.2015, 03:00 Uhr (letzte Änderung 28.05.2015, 02:49 Uhr)

Artikel: <http://www.fnp.de/lokales/main-taunus-kreis/Kein-Verstaendnis-fuer-den-Buergermeister;art676,1419824>

© 2015 Frankfurter Neue Presse